

Waldenburger Zeitung

(Waldenburger

Fernsprecher 3

Publicationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Discontotheke der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Commercialständische Bank.



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus. Preis der einsätzigen Zeitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 30 Pf., von auswärts 35 Pf., Vermietungen, Stellenanzeige 25 Pf., Reklameteil 1 M.

Neue Umsturzpläne der Spartakisten.

Die Arbeitsverfassung in den Betrieben.

Von Anton Erkeleng (Düsseldorf),
Mitglied der Nationalversammlung.

Das Betriebsrätegesetz steht in der ersten Beziehung in die vor 15 Jahren von Haumann in Aussicht gestellte Zeit ein, in der vor allem die Arbeitnehmer und Unternehmer der Industrie den Weg zu einer Verfassung der Arbeit suchen und finden müssen. Louis Georges Ankündigung in der „Tutur“ beweist, daß das Land der Sieger sich mit denselben Fragen abzuquälen hat wie das Land der Besiegten. Wir können zum alten Arbeitsverhältnis der Unterordnung, Einordnung, des halbmilitärischen Gehorsams im Betriebe nicht zurückkehren. Aber wir müssen einen Weg in das Neue finden, der unserer Wirtschaft nicht stört und zerstört, der die Betriebe nicht zum Zentrumplatz politischer Leidenschaften macht, der nicht den Arbeitseifer und Arbeitswillen der Betriebsleitungen aufhebt.

Der Regierungsentwurf wird diesem Vorausempfinden nicht gerecht. Er führt gegen seinen Willen auf dem Gedanken des Klasseneinganges. Der Betriebsrat als Klassenorgan der Arbeitnehmer tritt gegen die Betriebsleitung in Auseinandersetzung, wird vom ersten Tage ab leicht in die Gefahr geraten, das Ertragene nur als Vorstufe zu weiteren Forderungen nach Eingriffen in den Betrieb zu betrachten. Das Ende ist der scheinsozialistische Syndikalismus, der Egoismus der Betriebsarbeiter gegen die soziale Gemeinschaft.

Diesen grundsätzlichen Bedenken trägt ein Gesetzentwurf Rechnung, der vom Kongress der freieidlich-nationalen Arbeiter und Angestellten jüngsten der Nationalversammlung vorgelegt wird. Er wandelt den Betriebsrat zu einem Organ um, in dem Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gemeinsam in gleichen Teilen über die Angelegenheiten beraten, die als gemeinsame Interessen aller im Betrieb tätigen Kräfte zu betrachten sind. Die entstehenden, die Klasseninteressen vertrüben, die Gewerkschaften und Gewerbevereine im Tarifvertrag, und durch die Angestellten bezw. Arbeiterausschüsse im Betriebe haben sie auch dort Einfluß. Im gemeinsamen Betriebsrat aber, vor so von den kleinen Kämpfen um Lohn- und Gehaltsfragen bereit ist, können die Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, in denen das Betriebsinteresse am Ganzen zur Geltung kommt.

Damit ist ein grundsätzlich neuer Weg gezeigt, der selbst dann noch weitere Kreise beschäftigen wird, wenn er jetzt nicht angenommen werden sollte. Deshalb trägt der Gesetzentwurf auch den Titel: „Gesetz betr. die Arbeitsverfassung in den Betrieben“, weil er versucht, im Betriebe, und zwar besonders in den größeren Betrieben, rechtliche Einrichtungen zu schaffen, die die bisherigen Maßnahmen aufzulösen geeignet sind. Er ist zum Preise von 1 M. zu haben im Verlag „Kongress freieidlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände“ in Berlin, Kreuzstraße 221.

Der Gesetzentwurf der Regierung bedeutet nach drei Richtungen eine Gefahr für die Gewerkschafts- und Gewerkschaftsbewegung. Da er wider Willen dem Syndikalismus die Wege ebnet, kann er zur Verschlagung der allgemeinen Betriebskämpfe oder mindestens zu einem langen harten Kampf zwischen dem sozialen Interesse aller Arbeitnehmer und dem egoistischen Interesse der Syndikalistinnen in den bessergestellten Betrieben führen. Zweitens kann der Betriebsrat zur Organisation der Unorganisierten, der Zahlungsfaulanten, Bequemen führen. Und drittens kann bei einem geschickten Unternehmer der Betriebsrat zur gelben Organisation werden, durch die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung im Hintergrund gedrängt wird. Der Gesetzentwurf des Kongresses vermeidet diesen Weg, indem er durch den Aufbau der Betriebsräte einerseits, der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse andererseits und durch beson-

dere Bestimmungen über die Beziehungen der Gewerkschaften zum Betriebe diese zum Mittler der Organisation macht.

Aus den Kreisen der Unternehmer kommt viel Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz. Das Gesetz enthält einige Bestimmungen, die ohne den Arbeitnehmern zu richten, von den Unternehmern als eine Blage empfunden werden. Die Demokratische Fraktion hat als Partei der Arbeit die Aufgabe, der Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses die Bahn zu ebnen und dabei den ungestörten Fortgang der Betriebe zu sichern. Gesetzliche Bestimmungen allein können das nicht erreichen. Auch hier muss eine neue Gesinnung in alle Volkskreise einzischen, eine Gesinnung der Gemeinsamkeit und Verständigung. Diese Gedanken müssen gerade vertreten werden gegen alle Anseuchungen von rechts und links. Hier werden ganz besonders die Unternehmer sich hüten müssen, sich erneut in eine starke Opposition gegen die unvermeidlichen Unruhungen unserer Tage zu begeben. Die Fehlberthaftigkeit der Jahrzehntelangen Verneinung gegen die Gewerkschaften wird heute anerkannt. Der hier besprochene Entwurf des Kongresses weist den Weg, auf dem alle gesundesdenken den Kreise sich treffen können.

Dem Regierungsentwurf wurde der Vorwurf gemacht, daß er von politischen Motiven beeinflußt sei. Wenn hier „politisch“ bedeuten soll, daß über den Rahmen enger Klasseninteressen der Unternehmer und Arbeitnehmer hinaus neue Formen der Gemeinschaftsarbeit in Deutschland gefunden werden sollen, dann ist das kein Vorwurf, sondern ein Lob. Es ist nicht bloß Aufgabe des Staatsmannes, Paragraphen zu drehen, sondern Gesinnungen zu erzeugen, die den Fortgang des Volkslebens sichern. Es ist nicht bloß Aufgabe reifer Staatsmänner, irgendwelchen politischen Redensarten nachzulaufen, sondern durch eigene Tat anzutun zu helfen, daß der anspornende Wille der Staatsmänner geistiges Eigentum aller wird. Deshalb werden weder Arbeiter noch Unternehmer, die weiterblickend sind, in der Abneigung aller Mitarbeit sich der neuen Zeit entgegenstellen dürfen.

Spartakus auf dem Marsche.

Eine geheime Instruktion des Spartakusbundes.

Berlin, 24. September. Im Haushaltungsausschuß der preußischen Landesversammlung teilte, wie die „B. Z. a. M.“ meldet, der Ministerpräsident unter anderem mit, daß die sächsische Regierung bei einem Agitator des Spartakusbundes, der ins Ausland reisen wollte, eine Instruktion mit der Überschrift „An alle Vertrauensmänner“ vorsand. Die Instruktion besagt:

Alle Gruppen Deutschlands, Österreichs und der Tschecho-Slowakei gründen streng geheime politische Organisationen, deren Zweck es ist, alle politischen Machthabern zu registrieren, die der kommunistischen Bewegung hinderlich sind. Durch diese Namensverzeichnisse ist es ermöglicht, unsere Freunde aus freigefügt zu überwachen, bei einem Aufstande dingfest zu machen und abzurütteln. Sollte die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, Deutsch-Osterreichs und der Tschecho-Slowakei den Plan zur Beseitigung unliebsamer politischer Personen für gut befinden, so erhält diejenige politische Gruppe den Auftrag zur Ausführung, wo die betreffende Person den fähigen Wohlfahrt hat. Welcher Genosse die Tat auszuführen hat, entscheidet das Los, und ist deshalb verpflichtet, innerhalb 24 Stunden den Plan auszuführen, wenn er nicht selbst dasselbe Schicksal erleiden will. In diese politischen Gruppen dürfen nur die verschwiegenen und vertrautesten Genossen zugelassen werden.

Verrat wird sofort mit dem Tode bestraft. Der gewählte Zentralrat entscheidet in geheimer Wahl über die Ausführung des Plans.

Der Ministerpräsident erklärte: Das sind die Leute, die von der äußersten Linken, von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, stets in Schuß genommen werden.

Weitere Mordpläne.

W. T. B. Halle, 24. September. Außer den sechs Habscharen wurden in Halle noch zwei Münchener Kommunisten, der Schlosser Graf und der Buchbindergeselle Brantia, verhaftet. Diese waren, wie jetzt einwandfrei feststeht, nach Halle entsandt, um den früheren Kommunistenführer Hartung zu ermorden. Bei den Münchenern wurde ein unglaublicher Briefwechsel sowie Morphin und Chloroform vorgefunden. Es wurde außerdem festgestellt, daß zu „Agitationszwecken“ Halle von den Kommunisten in sieben Bezirke eingeteilt war, und daß jeder dieser Bezirke einem Führer unterstand. Der Zweck dieser Organisation war angeblich die fortwährende Durchführung der Agitation und Überwachung verödlicher Verhältnisse, um zu verhindern, daß sich Spiegel in die Organisation einschmuggelten. In einer Versammlung der Kommunistenpartei Anfang September in Halle wurde, wie wir hören, die Ermordung einer Reihe von Leuten vorbereitet, die in dem Verdacht standen, Spionendienste zu tun.

Die neue Waffe der Kommunisten.

Berlin, 24. September. Die „Rote Fahne“ gibt der Öffentlichkeit Kenntnis von einer neu aufgefundenen Waffe, deren sich die Kommunisten zur endlichen Errreichung ihrer Absichten zu bedienen gedenken. Die Rundgebung verdient niedriger gehängt zu werden, da sie die verhängnisvolle Gemeinschaftlichkeit und den rücksichtslosen Vernichtungsfaulismus des kommunistischen Volksbegüßungs-ideals aus großem Bedeutung. Der fragliche Artikel empfiehlt als Gegengewicht gegen die unerträglichen Verhältnisse der Regierung um die so dringend nötige Steigerung der Produktion nichts weiter als Sabotage ohne Ende. Hierzu bedürfe es keiner großen Agitation oder großer Massen; denn bei der nötigen Ausdauer und Entschlossenheit genüge in jedem Betriebe schon eine verhältnismäßig kleine Gruppe unentwegter Sabotatoren, um dauernd Unruhe und Unordnung lebendig zu erhalten und dadurch die Arbeitsleistung überall soweit herabzuzwingen, daß ein Betrieb nach dem anderen an Unrentabilität zu grunde gehen muß.

Wie der Münchener Putsch

vor sich gehen sollte.

Berlin, 24. September. In der „B. Z. am Mittag“ wird eine Geheimordner veröffentlicht, die bei dem kürzlich in Peking bei München verhafteten Kommunisten Heile gefunden wurde. Sie lautet im Auszug:

Abschrift, betrifft Organisation des neuen gewaltsame Umsturzes und der Reichswehr-anschließung, wie sie eventl. vorzunehmen ist. Angestellt Anfang September 1919.

Die Reichswehr ist gegen Morgen bei Hellwegen in den Kasernen einzuziehen und im Schlaf auszuheben, während der Nacht sind die Wohnungen der Offiziere auf das Schässle zu überwachen. Ein Offizier, der die Wohnung in der offenbarten Weise verläßt, zur Truppe zu eilen, wird ohne Aufschluß niedergeschossen. Bekannte

Monarchisten-Offiziere sind unverzüglich zu besiegen,

unblutig. — Über das Eindringen in die Tore liegt für jede Kaserne ein besonderer Plan vor. Alle Unteroffiziere sind, mit zwei Degen und Unterhose bekleidet und mit zwei Degen versehen, in einem Raum unterzubringen und schässles zu bewachen. Die Mannschaften bleiben auf ihren Stäben, dürfen aber nicht aus dem Bett, bis vom

Oberkommando entsprechende Befehle eintreffen. Im übrigen ist es besser, es sterben in dieser Stunde drei, als in der nächsten 30 Menschen. Die Kasernen sind dann aus schärfste zu bewachen und zu beleben. Alle Waffen und die gesamte Munition haben unangetastet an den Lagerplätzen zu verbleiben, bis der Gegenbefehl kommt. Kein Mensch darf die Kasernen verlassen, keiner ohne Ausweis sie betreten, und dann auch nur in Begleitung eines Wachmannes. Den gefangenen Soldaten gegenüber ist die größte Menschlichkeit zu beachten und sind sofort Aufklärungsbücher zu verabfolgen. Zu gleicher Minute des Sturmes auf die Kasernen sind alle öffentlichen Gebäude, Treppenkreuzungen und Blöcke zu besetzen. Desgleichen muss in der gleichen Zeit von allen militärischen Depots, Geschützstellungen usw. Besitz ergriffen werden. Wer sich zur Wehr setzt, wird erschossen.

Jeder bewaffnete Zivilist wird erschossen, der nicht zur Roten Armee gehört. Der gesamte Eisenbahn- und der Post- und Telegraphenverkehr ist mit der Minute des Umsturzes lahmzulegen. Während der Nacht marschieren die dazu bestimmten Truppen der Roten Armee über die Felder, nicht über die Landstraßen, aus die umliegenden Dörfer, soweit sich in ihnen Truppen der Reichswehr befinden, und haben sie dort aus. Neben dieses liegt für jede Ortschaft ein besonderer Plan vor. Kein Mensch darf Münzen verlassen oder in es hinein, jede Truppe hat sich vom Dunkelwerden ab bis eine Stunde vor dem Umsturz unauffällig in der Nähe des ihr zugewiesenen Abschnittes zu sammeln. Waffengang ist unvermeidlich. Dem Truppenkommando ist eine "irreihende" Abfchrift dieses Planes durch "Spione" zuzustellen. Zivilisten mit Schußwaffen in der Hand werben ohne Standgericht auf Befehl eines Offiziers erschossen. Außerdem wird mit dem Tode bestraft. Eisernste Disziplin, vorherige Festlegung der Offiziere, sofortige Propaganda in der Reichswehr, eine rote Armee in festen Verbänden zu organisieren.

Verzögerung der Gefangeneneheimkehr durch den Seemannsstreik.

Berlin, 24. September. (W.T.B.) Die Wollkäthe teilt mit: Der Seemannsstreik in den Nordseeschiffen zeitigt üble Folgen für den Abtransport unserer Gefangenen aus England. Die Dampfer "Villa Reale" und "Melia" sollten gestern von Hamburg nach Bremerhaven auslaufen, um dort ihre Ausfahrt zu beenden. Infolge des Seemannsstreiks war es bis jetzt nicht möglich, die Dampfer in Fahrt zu setzen.

Bisher 67 500 Gefangene heimgekehrt.

W.T.B. Berlin, 24. September. Die Weiszentralkommission für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: In den Durchgangslagern sind bis einschließlich 23. September rund 67 500 Heimkehrer eingetroffen.

Heimkehr aus Belgien.

Bergsches, 24. September. "Nation Belge" teilt mit, dass die belgische Regierung am 25. September mit dem Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen beginnen werde. Täglich werde ein Zug mit 1000 Kriegsgefangenen bis zur Grenze der besetzten Zone gehen.

Zivilinternierte aus dem Orient.

Berlin, 24. September. Die "P. P. M." erfahren von zuständiger Stelle, dass nach einer Mitteilung der englischen Gefangenekommission in Köln bemerklich 1350 Zivilinternierte aus Indien, 370 aus Ägypten und 80 aus Malta befreit werden. Der Zeitpunkt ihres Eintritts in die Heimat kann noch nicht angegeben werden.

Kundgebungen der Organisationen für Gefangenensfürsorge.

In der in Weimar abgehaltenen erwähnten Vorstand- und Aussichtsratssitzung des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Bundes deutscher Freiwilligen zur Befreiung der Gefangenen wurde eine Entschließung gefasst, in der es u. a. heißt:

Die Versammlung weicht Ihre Besiedlung über die Böden von England, Amerika, Serbien und Italien vorgenommene Heimsführung der Kriegsgefangenen und die Erinnerung aus, dass die englische Regierung nunmehr auch die in den Kolonien und Überseeländern Internierten zurückzieht. Mit allem Nachdruck wendet sich die Versammlung gegen die französische Regierung, die sich als einzige der Heimsführung der Gefangenen vor der Kriegszeitigung des Friedens widersetzt. Sie lehnt jede Verhandlung der Auslieferung mit irgend einer von Deutschland zu fordern der Voraussetzung aus, dass entschieden ab und erwartet, dass bis zum Weihnachtsfest alle deutschen Gefangenen aus Frankreich der Heimat zurückgegeben sind. Die Versammlung legt Verwahrung dagegen ein, dass als Monate nach Abschluss des Waffenstillstandes und drei Monate nach Untersignierung des Friedens die Gefangenen in Frankreich immer noch wie Kriegsgefangene gehalten werden und letztlerer Erleichterung in der Bedienstung erhalten. Aufs jüngste verurteilt sie, dass die Entente-regierungen allen Geboten der Menschlichkeit entgegen die bestroten deutschen Gefangenen nach Kriegszeitigung des Friedens auf unbestimmte Zeit in den Gefangenissen zurückzuhalten wollen, sie in vielen Fällen sogar in Strafkolonien verschleppen.

Die Versammlung weist auf die besonders verantwortliche der noch in Rumänien, Türkestan

und im Kaukasus befindlichen deutschen Gefangenen hin. Die Versammlung erkennt an, dass in der Frage der Heimsführung der türkischen Gefangenen das amerikanische Kreuz zur Lösung dieser Frage beigetragen habe. Sie erwartet, dass die deutsche Regierung Mittel und Wege finden wird, die Gefangenen aus Sibirien vor einem weiteren Winteraufenthalt zu bewahren.

Die Versammlung beschloss weiter, was für einzutreten, dass die Gefangenen jener von den Deutschen abzutrennen Gebiete, die mit oder ohne Volksabstimmung vom Flecke abgelöst werden, die gleichen rechtlichen und moralischen Ansprüche auf wirtschaftliche Weihilfe und Unterstützung wie die übrigen deutschen Gefangenen haben. Die Versammlung beschloss schließlich, noch einen Zuspruch an die der Heimat noch fernen Kriegsgefangenen zu leisten, in dem es heißt:

"Brüder! Die Heimat denkt an Euch, heute so wie sonst, als Ihr die Freiheit verloren. Das deutsche Volk hat Euch nicht vergessen. Wenn Ihr uns wieder gegeben seid, werdet Ihr erkennen, was wir für Euch getan haben. Wir ruhen und ruhen nicht, bis Ihr Eure Heimat und Eure Lieben wiedergewonnen habt. Glaubt auch weiter an Eure Heimat und an diejenigen, die Eurer stets gedacht haben."

Prußische Landesversammlung.

53. Sitzung, 24. September.

Am Regierungstisch: Hirsch, Oester.

Das Haus erledigte zunächst eine Anzahl kleinerer Posten des Haushaltspolans in zweiter Beratung.

Beim Etat der Lotterieverwaltung verlangt Dr. Rosenfeld (U. S.): die Einführung staatlicher Lotterien, obwohl sie Einnahmen von mehr als 50 Millionen Mark bringen. In der Unterdrückung des Glücksspiels müsse der Staat mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Etat wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Beim Etat der Minzverwaltung verlangt Abg. Wenke (Demokrat) die Wiedereinführung eines 50-Pfennig-Stückes.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Man sollte lieber alles Gold aus der Kirche heranziehen. (Lebhafte Widersprüche im Zentrum.)

Der Etat wird ebenso wie der Etat der Staatschuldverwaltung unverändert angenommen.

Beim Etat der Staatsarchive verlangt Abg. Henning (U. S.) die Öffnung der Archive, damit man endlich ein klares Bild darüber erhält, weshalb Preußen so verhaft ist.

Der Generaldirektor der Archive stellt fest, dass die Archive der allgemeinen Forschung offen stehen und den Geheimnis enthalten.

Der Etat wird unverändert angenommen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer verlangt ein Ausschusszeitrager zeitgemäße Vereinfachung des Geschäftsverleihs der Oberrechnungskammer.

Abg. Ahlers (Dnl.): Wir wollen den Charakter der Oberrechnungskammer als unabhängige, unbedeutliche Kontrollinstanz erhalten. Ihre parlamentarische Kontrolle lehnen wir ab.

Abg. Schubert (Soz.): Die heutige mechanische Rechnung genügt nicht. Ähnlich wie in England müssen auch Feststellungen in technischer Hinsicht gemacht werden, ob die Mittel auch zweckmäßig verwendet sind.

Der Etat wird genehmigt, ebenso der Etat für den Disziplinargerichtshof, den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, des Gesetzmäßigkeitsamtes, des Reichs- und preußischen Staatsanwalts.

Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wird ein Ausschusszeitrager gemäß der Titel von 120 000 Mark für Abfindungen an das Deutsche Reich für die Befreiung vom preußischen Angelegenheiten gestrichen.

Beim Etat des Kriegsministeriums bestimmt Abg. Klausner (U. S.) die Fahnenverbrennung vor dem Kriegsministerium am 23. Juni als nationale Feierstätte.

Abg. Gräf (Dischtl.): Die Linse ist schuld an der Verzerrung unserer Armee. (Stimmenloser, anhaltender Lärm links.)

Abg. Grzessinski (Soz.): Das ist eine unerhörte Verleumdung. Nach den Veröffentlichungen der letzten Tage eine Verleumdung, von der ich annehmen muss, dass sie wissenschaftlich gemacht worden ist. (Stimmenlose Zustimmung links, Unruhe rechts.) Wir sind alle froh erstaunt über den Ausgang des Krieges. Über Sie auf der Rechten sind die allerleisten, die uns die Schuld an dieser Katastrophe beimessen würden. (Lebhafte Zustimmung links.) Allein Ihre Politik hat den Zusammenbruch herbeigeführt und die Art Ihres Auftretens hier und draußen verhindert es, dass unser Volk nicht ernstlich an den Wiederaufbau gehen kann. Durch die Veröffentlichungen der letzten Tage ist klar festgestellt worden, dass Ihre (zu Rechten) Parteifreunde die Schuld am Kriege haben. (Lebhafte Beifall links, Unruhe rechts.) Die Vergänge im Reichstag kann ich mit dem "Vorwärts" nicht anders als einen Dummenjungenpreis bezeichnen. Die Bewerbungen von Offizieren für auswärtige Dienste, die stattgefunden haben, entsprechen nicht unserer Aussicht von nationaler Würde. Wir erwarten es als nationale Würde, dass das ganze Volk ernst und gemeinsam an den Wiederaufbau geht und eine Verständigung mit anderen Völkern herbeigeführt wird.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Man hätte die Fahnenverbrennung schon aus Rücksicht gründen nicht verhindern dürfen. Wenn Sie (noch rechts) am Wiederaufbau Deutschlands mitwirken wollen, brauchen Sie nicht Soldnerdienste in fremden Staaten zu nehmen.

Abg. Ritter (Dnl.): Das Ausland hat für die Baustoffherstellung der Unabhängigen nur Verachtung. (Wohl rechts.)

Abg. Grzessinski (Soz.): Hindenburg hat bereits im Oktober erklärt, dass nach dem Absatz Bulgariens und der Türkei die Lage unhalbar war. Die Revolution war also an dem Zusammenbruch nicht schuld, sie war nur eine Folge des Zusammenbruchs. Bis zum 9. November war die Entscheidung bereits zu Ungunsten Deutschlands gefallen. (Abg. Adolf Hoffmann: „Gestorben Wilhelm nicht ausgegrenzt“)

Abg. Cohn (S.): Es ist bezeichnend, dass sich die Offiziere jetzt bei den Völkern verdingen wollen, die noch gestern unsere Feinde waren. Es ist ein Märchen, dass wir das Heer gerettet haben. (Abg. Graef (Dnl.): "Wo sind Joses Millionen?") Über die Verwendung der russischen Gelder habe ich öffentliche Abrechnung abgelegt. (Abg. Graef: "Und das andere Geld?") Für diese Verdächtigungen nenne ich Sie einen gemeinen Verleunder.

Abg. Kessel (Dnl.): Mit Herrn Cohn kann man sich nicht über nationale Würde unterhalten. Die Unabhängigen sind schuld an der völligen Zerrümmerung des Heeres und an der Wehrlosmachung Deutschlands. (Lärm bei den Unabhängigen.)

Abg. Moldenhauer (Dt. Bpt.): Die Linken fördern nicht den Wiederaufbau, wenn sie uns andauernd angreifen.

Danach wird der Etat des Kriegsministers genehmigt. Der Gesetzenwirt über Erhebung von Bußgeldern im Güter- und Tierverkehr der Staatsseebahn wird ohne Ausprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Etat der Bauverwaltung.

Abg. Schmiedling (Btr.): Dem Ausschuszatrag auf Aufnahme von Vertretern der Arbeiter und Angestellten in die Bezirkswasserstrafenräte stimmen wir zu.

Abg. Dr. von Kries (Dnl.): Der Bau des Mittellandkanals und die Elektrizitätsversorgung müssen gefördert werden.

Abg. Siebeck (Dem.): Die Rechte der Bauverwaltung müssen in ein neues technisches Ministerium umgewandelt werden. Bei der Neubesetzung von Stellen wünschen wir mehr Berücksichtigung der Techniker.

Danach vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. Weiterberatung. Finanzministerium. Schluss 1/2 Uhr.

Die Valutasfrage im Haushaltsausschuss.

Beratung einer Sachverständigenkommission.

Berlin, 24. September. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung setzt heute die Beratung des Etats des Finanzministeriums fort. Abg. Dr. Rieger (D. Bpt.) beprach die Valutasfrage, die wegen des mangelnden Vertrauens im Ausland auf die Wiedergesundung unserer inneren Verhältnisse brennend geworden sei. Durch die fast ungeheure Einfuhr im Westen wegen steigender Zollgrenze und durch die Gefahr einer Einmischung des Auslandes in unsere industriellen Verhältnisse habe sich die Lage noch verschärft. Zur Untersuchung der Valutasfrage hätte längst ein Ausschuss von Sachverständigen berufen werden müssen.

Finanzminister Grüber ging vertraulich auf die Valutasfrage ein. Im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsamt seien Maßnahmen zur Wiedergesundung der deutschen Valuta in Vorbereitung. Die Auflösung der schwedenden Staats siegt ihm ebenso aus dem Herzen, wie die Hebung der Valuta. Die Steuergesetze würden durch die schlechte Valuta unwirksam gemacht. Nicht sei wirksamer für einen günstigen Valuastand als die Arbeit des deutschen Volkes. Beim Fortsetzen der jetzigen Verhältnisse würde ein Teil Europas an der Valuta vorhangern, ein anderer Teil im Westen erlösen. Unbedingt notwendig sei eine Zollgrenze im Süden. Die gewünschte Sachverständigenkommission wird für Montag berufen. Eine durchgreifende Sanierung könne nur durch eine große Anleihe geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werden.

Abg. Wutin (U. S.) stimmte den leichten Ausführungen zu und verlangte, dass alles getan werde, um diesbezüglich mit Amerika zu einer Verständigung zu kommen.

Die Bekleidungsnot.

Berlin, 24. September. Der parlamentarische Überwachungsausschuss über die Kleidungsstofflieferungsschäfte hat am Dienstag im Reichstagskabinett seine erste Sitzung abgehalten. Die formelle Ablösung der Reichszeugstall-A. G. wird, wie mitgeteilt wurde, mit dem 1. Januar 1920 beginnen, während die tatsächliche sofort eingeleitet wird. Hiermit erläuterte sich der Ausschuss einverstanden, ebenso damit, dass Bankdirektor Dr. Endemann zum Liquidator bestellt wird. Auch die Reichsbekleidungsstelle soll schnellstmöglich abgebaut werden. Eine neu zu gründende, dem Reichswirtschaftsamt zu unterstellende Kleidungsstofflieferung A. G. soll die Versorgung der minderbevölkerung mit Textilwaren unter Beteiligung des Fleisches durchführen. Der demokratische Vertreter, Abg. Hermann, forderte dringend eine zweckmäßige Verteilung der Bestände. Auch

weite Kreise des Mittelstandes müssten versorgt werden, vor allem müssten die Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben und die Handwerker die nötige Berufskleidung erhalten. Die passive Kostensenkung der Militärbehörden gegenüber der Verwendung von Militärtuch möge gebracht werden. Bei der Bewertung der Tücher seien grobe Missbräuche vorgekommen. Grundsätzlich müssten Baumwolle und andere Rohstoffe im Ausland eingeführt werden, und nicht Fertigwaren, damit unsere

Waldenburger Zeitung

Nr. 225.

Freitag, den 26. September 1919

Beiblatt

Ordentliche öffentliche Stadtverordneten-Versammlung am 24. September 1919.

Am Magistratstisch waren anwesend Bürgermeister Dr. Wiesner, die Stadträte Stein und Geilenbrügge und Stadtbaurat Rogge. Das Stadtverordnetenkollegium war durch 39 Mitglieder vertreten. Leiter der Verhandlungen war Stadtverordneten-Vorsteher Stadtbaurat Dittreiter. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte zunächst die Einführung des Stadtbaurats Rogge. Bürgermeister Dr. Wiesner wies dabei auf die verdienstvolle jährlinge Tätigkeit des Herrn Rogge in Waldenburg hin und gab der Zuhörerischen Ausdruck, daß es diesem auch als Stadtbaurat gelingen werde, die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Bauwesens und der Wohnungsfürsorge zu überwinden. Er hieß ihn als neues Mitglied des Magistrats herzlich willkommen und verpflichtete ihn für ein neues Amt durch Handschlag an Godesstatt. Nochmals auch noch Stadtv.-Vorsteher Dittreiter im Namen der Stadtverordneten-Versammlung einige Begrüßungsworte an das neue Magistratsmitglied gerichtet hatte, dann als Stadtbaurat Rogge für seine endende einstimmige Wahl und für die freundschaftlichen Willkommenworte. Er versprach auch als Stadtbaurat seine volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, ohne Rücksicht auf Personen und Parteien zum Wohle der Stadt.

1. Kleine Anfragen.

Stadtv.-Vorsteher Dittreiter teilte mit, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion folgende schriftliche Anfragen an den Magistrat gerichtet worden seien: 1. Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um Ereignissen, wie sie sich am 13. September hier zugetragen haben, für die Folge vorzubereiten. 2. Ist der Magistrat gewillt, in Erörterungen darüber einzutreten, ob und welche größeren Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Bewirtschaftung übergeführt werden können. 3. Ist der Magistrat geneigt, die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitskleidung, Schuhen und ähnlichen Dingen in Erwägung zu ziehen. 4. Ist der Magistrat gewillt, die Errichtung einer städtischen Leihanstalt in die Wege zu leiten.

Bürgermeister Dr. Wiesner erklärte, daß die vier Anfragen von so weittragender Bedeutung seien, daß er dazu nicht ohne Prüfung der Verhältnisse und nicht ohne vorher mit dem Magistratstkollegium in Berührung genommen zu haben, Stellung nehmen könne. Er bat, die Beantwortung der Interpellationen bis zur nächsten Sitzung hinauszuschieben. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Stadtv. Meidel rückte an den Magistrat verschiedene Anfragen bez. die Versorgung der Bevölkerung mit Winterobst und die Belieferung der Schulbinder mit Buchenholz. — Stadtv. Dittreiter schilderte die großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Obstversorgung, wo die Großhändler einen hörmlichen Trust bildeten und die Preise unerträglich in die Höhe woben. Er teilte mit, daß der Stadtw. Verwaltung in den nächsten Tagen 20 Waggonen Obst aus Frankenstein geliefert werden sollen. Ob man künftig das Obst zu normalen Preisen und in hinreichenden Mengen erhalten werde, sei jedoch eine große Frage. Der Redner wies dann noch auf die bevorstehenden neuen Maßnahmen der Preisfeststellungs-Kommission zur Bekämpfung des Buchens hin, und stellte als erste Folgerung der darüber durch die Presse veröffentlichten Berichte fest, daß der letzte Wocheinmarkt eine große Leere aufwies. Was die Milchversorgung der Schulbinder betreffe, so sei beachtigt, künftig Milchbreisuppen, aus kondensierter Milch hergestellt, an die Kinder der Gemeindeschulen zu verteilen.

2. Neuwahl der unbesoldeten Stadträte, sowie der Kommissionen.

Da nur eine einzige Wahlliste vorlag, gestaltete sich der Wahlkampf außerordentlich schnell. Mit allen 29 Stimmen wurden als unbesoldete Stadträte gewählt: die Stadtv. Grützner, Franz, Ganje, Lante, Liebeneiner, Geilenbrügge, Gotthilf, Schumann, Stein und Kirschen.

In die Kommission zur Ermittelung des Schadens bei den letzten Unruhen wurden die Stadtverordneten Seeliger und Nyholt gewählt, als Sachverständiger soll ferner der Kaufmann Wollner hinzugezogen werden.

Es folgten hierauf die anderen Kommissionswohlen, nach denen sich die einzelnen Deputationen zusammensetzten. Künftig aus folgenden Mitgliedern zusammen:

a) Armen- und Waisen-deputation: Stadtverordnete Grützner, Sindermann, Brusse.

b) Bau- und Wohnungs-deputation: Stadtverordneten-Vorsteher Dittreiter, Stadtv.-Vorsteher Kretschmer, Petzold, Franz, Springer, Becker, Klemmstr. Bremer, Maurerstr. Schubert.

c) Betriebsdeputation: Stadtverordnete Ferbers, Kellner, Liebeneiner, Schmidt, Franz.

d) Finanzierungs-Kommission: Stadtverordnete Korn, Gorbolla, Franz, Herzberg, Schmidt.

e) Gesundheits-Kommission: Stadtverordnete Müller, Rudolf, Matwald, ferner Dr. Faust, Zappe und Stadtv. Fr. Bernhardt.

f) Gewerbesteuer-Ausschuss: Stadtverordnete Hammel, Sindermann, Springer, Gotthilf.

g) Grundsteuer-Ausschuss: Stadtverordnete Hillmer, Kellner, Seeliger, Wiersig.

h) Kassenrevisions-Kommission: Stadtverordnete Kleinert, Ferbers, Scharf, Matwald, ferner aus der Bürgerschaft die Herren Elgert, Brod, Donnerberg, Kühn, Körner, Schubert, Krause, Haeberl, Reiß, Gampert, Stehr, Dittmann, Scholz, Pfeiffer.

i) Treuherz'sches Hospital-Kuratorium: Frau Stadtverordnete Hedwig Rothe.

k) Verwaltungsrat der Sparasse: Stadtverordnete Hammel, Petzold, Ulke, Gotthilf, Michlik.

l) Einkommensteuer-Voreinschätzungs-Kommission: Die Herren Reichelt, Kühn, Schnurpel, Zilch, Sindermann, Kretschmer, Schmidt, Brandt, Schipper, Haeberl, Haase, Quarg, und als Stellvertreter die Herren Schneider, Göth, Moron, Schmidt, Jahn, Barth, Tenber, Schößler, Kratz, Gebauer, Haase und Becker.

3. Wahl in den Schulausschuss der höheren Anstalten.

Als stimmberechtigter Bürger in den Schulausschuss der höheren Lehranstalten wurde einstimmig Redakteur Weidlich von der „Berghaus“ gewählt.

4. Bewilligung von Geldern für einen Unterrichtskursus.

Die Versammlung bewilligte ohne Debatte einstimmig den Betrag von 100 M. für Erteilung eines Unterrichtskursus in Buchführung an die Lehrkräfte der gewerblichen Fortbildungsschule.

5. Erhöhung des täglichen Stillgeldes.

(Berichterstatter: Stadtv. Dr. Miller.)

Der Magistrat beantragt, daß in Abänderung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Dezember 1916 1. ein Stillgeld von 60 Pf. unter den bisherigen Bedingungen zu zahlen ist, 2. die Bedürftigkeitsgrenze auf den Staatssteuersatz von 52 M. (Einkommen bis 3000 M.) heraufzusetzen ist. In der Begründung der Magistratsvorlage wird ausgeführt: Die Stadtverordneten-Versammlung hat gemäß Magistratsbeschuß am 13. Dezember 1916 beschlossen, daß 1. bei vorliegender Bedürftigkeit ein tägliches Stillgeld von 20 Pf. bis zum Ablauf des 6. Monats nach der Geburt für solche Kinder aus städtischen Mitteln gezahlt wird, für die Stillgelder weder aus Mitteln der Reichsmutterhilfe noch aus Mitteln von Krankenkassen gewährt werden; 2. Bedürftigkeit in der Regel als dann vorliegend erachtet wird, wenn der Ernährer des Kindes — bei unmehrlichen Kindern also die Mutter — zu seinem höheren Staatssteuereinkommen als 36 M. jährlich veranlagt ist. Gemäß diesem Beschuß sind jährlich städtische Stillgelder gezahlt worden. Für das Rechnungsjahr 1918 waren 3000 M. zu diesem Zweck in den Etat eingestellt worden, der Vorschlag ist aber wegen der großen Zahl der Empfänger mit 1500 M. überzogen worden. Infolgedessen sind für das Rechnungsjahr 1919 5000 M. in den Haushaltsposten eingestellt worden. Die Hilfsgesellschaft bittet nun, den bisherigen Beschuß zeitiglich zu ändern. Der Magistrat hat nicht verkündet, daß infolge der inzwischen veränderten Geld- und wirtschaftlichen Verhältnisse die Höhe des Stillgeldes und die Bedürftigkeitsgrenze den Interessen der Beteiligten nicht mehr gerecht wird und demgemäß beschlossen, an Stelle des bisherigen Stillgeldes von 20 Pf. ein solches von 60 Pf. täglich unter den bisherigen Bedingungen zu zahlen und sodann als Bedürftigkeitsgrenze den Staatssteuersatz von 36 M. (Einkommen bis 2400 Mark) anzunehmen. Die Deduktion soll aus den zu erwartenden Mehreinnahmen an Gemeindesteuern erfolgen.

Die Versammlung erklärte sich ohne Erörterung mit der vorgeschlagenen Erhöhung bezw. Heraufsetzung der Bedürftigkeitsgrenze einverstanden.

6. Beteiligung der Stadtgemeinde Waldenburg an den neu zu errichtenden Kraftverkehrsgesellschaft „Schlesien“ in Dresden.

(Berichterstatter: Stadtv. Ganje.)

Zum 1. Oktober soll das Kraftverkehrsamt in Breslau aufgelöst werden, welches die jetzt freigewordenen Kraftstraßenwagen des Heeresdienstes der Landwirtschaft und industriellen Betrieben leihweise zur Verfügung stellt. Damit diese Wagen der Provinz erhalten bleiben, soll eine besondere Gesellschaft gegründet werden, welche die Wagen übernimmt und Transporte für private und kommunale Verbände ausführt. Bei den augenblicklichen schlechten Verkehrsverhältnissen der Eisenbahn ist es von großer Wichtigkeit, daß besonders die Kommunalverbände Verkehrsmittel an der Hand haben, um wichtige Transporte selbst auszuführen zu können. Von dem Reichsverkehrsamt sind Richtlinien für die Gründung dieserartiger Gesellschaften bereits ausgestellt. Eine Beteiligung des Reichs an diesen bleibt vorbehalten. Für jeden von der Heeresverwaltung übernommenen Wagen zahlen die Gesellschafter als Stammdkapital 8000 Mark ein. Das Reich seinerseits übernimmt einen Anteil, der ungefähr halb so hoch gedacht ist,

wie die Summe, welche die Gesellschafter ausspielen. Für die Provinz Schlesien kommen 250 Wagen in Betracht, die nach Angaben des Kraftverkehrsamtes unbedingt nötig sind. Das gesamte Stammdkapital soll 3000000 M. betragen. Eine wichtige Bemerkung ist, daß die Gesellschafter aus dem Jahr zuvor bestehende Wagenbestände im Bedarfsfalle die Gestellung einer Anzahl Wagen verlangen können, die dem Verhältnis ihres Geschäftsanteiles zum Stammdkapital entspricht. Die Stadtgemeinde Waldenburg will sich mit 50000 Mark an dem Unternehmen beteiligen. Die Städte Schweidnitz, Zgorzelec, Liegnitz, Breslau usw., sowie verschiedene Kreise haben bereits eine Beteiligung gesagt.

Die Stadtv. Liebeneiner und Weltner äußern verschiedene Bedenken gegen eine Beteiligung. Es dürfte sehr fraglich sein, ob man Waldenburg genügend Wagen zur Verfügung stellen werde. Auch sei künftig noch mit größerem Benzinmangel zu rechnen. — Stadtv. Weltner tritt für die Beteiligung ein. Die Wagen stellen doch ein wichtiges Transportmittel bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen der Eisenbahn dar. Man habe sicher Aussicht, fortan aus Liegnitz besser mit Obst beliefert zu werden, und da machen sich die 50000 M. im Laufe der Zeit reichlich bezahlt. — Stadtv. Weltner bittet ebenfalls aus Gründen einer besseren Lebensmittelversorgung, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, ferner empfiehlt Stadtv. Stein und Bürgermeister Dr. Wiesner die Annahme der Vorlage und widerlegt die vorgebrachten Bedenken. Nachdem auch noch Stadtv. Petzold sich für eine Beteiligung ausgesprochen hatte, beschloß die Versammlung, sich an der Kraftverkehrsgegesellschaft zu beteiligen. Die Stadtv. Weltner und Liebeneiner enthielten sich dabei ihrer Stimmen.

7. Beschlussfassung betr. das Verfügungrecht über den Stadtv.-Sitzungssaal.

Die Versammlung beschloß, dem Magistratsdirektoren und dem Stadtv.-Vorsteher gemeinsam das Verfügungrecht über den Sitzungssaal für private Zwecke zu übertragen.

8. und 9. Kleine Vorlagen.

Die Versammlung stimmte der vom Magistrat vorgeschlagenen Neuregelung der Gehaltsbezüge der Badearnstaltstafelzettelinnen einstimmig zu und bewilligte eine einmalige Spende von 100 M. an den Hilfsverein für Deutschböhmen und Sudetenland.

10. Dringlichkeitsantrag: Bewilligung der Mittel zur Kanalisation des Bahnes von Ober Altwasser.

(Berichterstatter: Stadtv. Kreischer.)

Schon vor Ausbruch des Krieges wurde die Neuordnung und Überführung des Bahnes von Ober Altwasser als dringend nötig erachtet und von Seiten der Gemeinde Altwasser ein Projekt hierfür angefertigt. Infolge des Krieges kam es nicht zur Ausführung. Nunmehr ist die Ausführung des verschlammten Gewässers unerträglich geworden, und die Grundstücke werden bei starken Niederschlägen durch das aus den unzureichenden Ufern austretende Wasser arg in Mitleidenschaft gezogen. Da es jetzt noch möglich ist, bei Ausführung des Projekts den finanziellen Niedrigkeitszuschuß zu erlangen, beantragt der Magistrat, sofort mit den Arbeiten zu beginnen. Die Gesamtkosten werden sich auf 753000 M. belaufen. Davon trägt der Staat 390000 M. Die Stadt hat somit 363000 M. aufzubringen, wovon etwa die Hälfte des Kreises zu decken sein wird.

Stadtv. Weltner ist bei der Höhe der Kosten für die Rückstellung dieses Projekts und für die Ausführung dringender Arbeit, die auf dem Gebiete der Wohnungsfrage liegen. Zweitens Bürgermeister Dr. Wiesner meint dagegen ein, daß dieses Projekt ebenso wichtig sei wie die Schaffung von Wohnungen, und daß es später, wenn der Staatszuschuß in Wegfall käme, von der Stadt nicht ausgeführt werden könne. Auch Stadtbaurat Rogge tritt für die Annahme der Vorlage ein, während Stadtv. Seeliger in Hinsicht auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt dagegen spricht. Nach längerer Debatte, während welcher es zwischen dem Stadtv.-Vorsteher Dittreiter und Stadtv. Meidel zu einem kleinen Innenezzo kam, weil letzter den letzten Satz auf ausmerksam machte, zur Sache zu sprechen, wurde dem Antrag des Magistrats zugestimmt.

Der öffentlichen Sitzung folgte dann noch eine geheime Beratung.

Pferdeverkäufe nur durch die Landwirtschaftskammern.

Die Verkäufe von Pferden aus Anlaß der Verminderung des Heeres — und zwar sowohl von Dienstgebrauchsponnen als von anderen, sobald solche freigegeben werden — richten sich von jetzt ab nach folgenden Gesichtspunkten:

Eine Versteigerung findet nicht mehr statt. Die von der Heeresverwaltung zum Verkauf bestimmten Pferde werden zu Abschlagspreisen abgegeben. Sie sind zu diesem Zweck den Landwirtschaftskammern zur Verteilung an wiederpferdebedürftige Landwirte zu übergeben. Von diesen sind Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene von im Felde Gebliebenen, ferner solche Personen, die mit staatlicher

Unterstützung angefertigt werden sollen, oder auch Personen, denen bereits Pferde leihweise haben überlassen werden müssen, zuerst zu berücksichtigen. In dringenden Fällen geben die Landwirtschaftskammern etc. Pferde auch an andere Gewerbetreibende ab, außerdem an Personen, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind, wenn ihnen zur Ausübung ihres Berufs ordentliche Verkehrsmittel fehlen. Pferde händler sind nach wie vor ausgeschlossen. Die Zulassung zu den Verläufen, die möglichst da, wo sich die Pferde befinden, vorzunehmen sind, wird nicht mehr von dem Besitz einer Pferdeklasse abhängig gemacht. Die ausgestellten Pferdeklarten verlieren ihre Gültigkeit.

Die Abschätzung der Pferde geschieht vor ihrer Übergabe an die Landwirtschaftskammer etc. unter Zugrundelegung eines Mindestpreises von 1000 M. für jedes noch arbeitsfähige Pferd. Pferde, die dauernd nicht mehr arbeitsfähig sind und daher nicht mit diesem Preis bewertet werden können, sind an die Landes etc. Fleischstellen abzugeben. Anträge auf Überweisung von Pferden sind in den Landkreisen an den Landrat usw., in den Stadtkreisen an die Polizeiverwaltung zu richten und mit deren Stellungnahme der Landwirtschaftskammer etc. mitzuteilen.

Jeder Käufer eines Pferdes erhält über den Kauf einen, auch die kurze Beschreibung des Pferdes enthaltenden Ausweis und hat sich zu verpflichten, es ohne Genehmigung der Landwirtschaftskammer etc. nicht vor Ablauf eines Jahres weiter zu verkaufen, bei einem Verstoß hiergegen sich oder einer Geldstrafe in Höhe des Mehrbetrages gegen den Kaufpreis, mindestens aber in Höhe des letzteren zu unterwerfen.

Zuchtläuten warmblütigen und kaliblütigen Schlag- ges werden in gleicher Weise zu Tagpreisen an die Züchter abgegeben, wie die Arbeitspferde. Die bisher für die warmblütigen Zuchtläute festgesetzten Vorzugspreise sowie die besonderen Bedingungen für die Übernahme solcher Tiere fallen weg.

* Stadt-Theater. Man schreibt uns: Musikdirektor Raden hat die musikalische Leitung der Operette "Schwarzwalddädel" übernommen, die Spielleitung liegt in den Händen des Operettenregisseurs L. von Beith. Am Sonntag wird der Schwanz "Ton' Windhund" das Publikum aufs beste unterhalten. Für Montag ist die 3. Aufführung der Operette "Die tolle Komödie" angezahlt. Für die Aufführung des Inszenierthes "Ein Volksfeind" sinden bereits die nötigen Vorbereitungen statt.

* Rentenerhöhung. Die Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrenten, die von der Landes-Versicherungsanstalt auf Grund gelebter Market geahnt werden, werden erhöht, und zwar wird vom 1. Oktober 1919 an die Zulage für eine Invaliden- oder Altersrente monatlich nicht mehr 8 M., sondern 20 M., die monatliche Zulage für eine Witwen- oder Witwerrente 10 M., anstatt 4 M. wie bisher, betragen. Die höheren Zulagen werden laut Verordnung vom 21. August 1919 schon für den Monat Oktober gezahlt.

* Neue landwirtschaftliche Winterschulen in Schlesien. Nach einer Mitteilung der Schlesischen Landwirtschaftskammer besteht die Absicht, in Orlitzberg, Hermsdorf bei Hirschberg und vornehmlich Böhlau landwirtschaftliche Winterschulen zu errichten. Nach einer weiteren Mitteilung sind die Landwirtschaftlichen Winterschulen in Neichenbach und Sprottau (hier der untere Behrgang) für den kommenden Winter vollbesetzt.

* Schlesischer Philologenverein. Der Bezirk Schlesien des Schlesischen Philologenvereins hat gestern in Königszelt folgende Entschließung gefaßt und telegraphisch an den Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung und an das Provinzialschulkollegium Breslau übermittelt: Der Bezirkssverein Schlesien umfaßt sämtliche Philologen der höheren Lehranstalten Freiburg, Danzig, Biala, Neisse, Görlitz, Schweidnitz, Striegau und Waldenburg (r. g.) erklärt die Einrichtung von Provinzämtern aller dem Schulkollegium unterstellten Lehrkräfte für unzumutbar und fordert im Sinne des Vertretertages der preußischen Philologenvereine neben Schulkammern die Einrichtung getrennter Kommissionen für die Philologen und für die übrigen Lehrkräfte an höheren Schulen. Er verlangt die Wahl ihrer Mitglieder im Rahmen der Standesorganisation. J. u.:

Oberlehrer Neumann (Schweidnitz), L. Botschen- der, Professor Rosenhauer (Walbenburg), 2. Vor- sitzender, Oberlehrer Dittrich (Schweidnitz), Schrift- führer.

* Von der schlesischen Landgesellschaft. In einer Ausschusssitzung der Schlesischen Landgesellschaft und an der neben dem Oberpräsidenten und dem Gouverneurpräsidenten, Vertreter des Landwirtschafts- und des Finanzministeriums teilnahmen, wurde die Ausschüttung einer prozentigen Dividende neben den jahresmäßigen Rückstellungen beschlossen. Von der Geschäftsführung wurde berichtet, daß infolge der Erholung der Geschäfte eine größere Zahl von Be- amten neu eingestellt werden müsse, so daß jetzt im ganzen 85 Personen im Innendienst beschäftigt sind. Mit Hilfe der staatlichen Baukostenzuschüsse ist bzw. wird die Neubauträgkeit für Ansiedlerstellen an 40 Orten der Provinz in Gang gesetzt. Der Umsatz der für Zwecke der Ansiedlerförderung zur Ver-fügung gestellten Fläche steigt fortgesetzt, zurzeit sind über 11 000 Morgen in Bearbeitung, die sämtlich zu Eigentum übertragen werden. Die Beteiligung an den im Berichtsjahr gegründeten Kleinstedels- unternehmungen wurde gutgeheissen, desgleichen die Vorarbeiten, die Landgesellschaft zur Zentralstelle dieser kleinen Siedlungsgesellschaften auszustellen. Endlich wurde der ständige Ausschuß durch Zusatz eines alten angesehenen Landwirts und eines An- siedlers ergänzt.

* Der Reichsbaustoffkommissar gegen die Ersatzbaustoffindustrie. Das Volkswirtschaftsministerium macht in einem Erlass die unterstellten Behörden darauf aufmerksam, daß die Kohlenverteilung an die Baustoffindustrie durch die Anträge der zahlreichen Ersatzbaustoffproduzierenden Betriebe eine bisher wenig rationelle gewesen ist. Der Kohlenkommissar verlangt eine durchgreifende Änderung, da für die Ersatzbaustoffe eine Kohlenzuteilung an Zement- und Glassfabriken vorangegangen sei, so daß die gesamte Ersatzbaustoffindustrie dahingehend zu prüfen sei, inwieweit sie nicht zu einer Verschwendug der für die Baustoffindustrie an sich knapp bemessenen Koh- lenvorräte führe.

* Aufbesserung der Kriegsheimerversorgung. Für Eltern gesessener Kriegsteilnehmer, denen der Höchsttarif des Elterngeldes im Betrage von 250 M. jährlich oder der Höchsttarif der widerprüchlichen Zuwendung im Betrage von 240 M. jährlich zugesprochen ist, samt im Falle der Bedürftigkeit eine Erhöhung der Versorgung auf 300 Mark jährlich eintreten. Anträge auf Erhöhung sind an die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene zu richten. Einschließlich der seit dem 1. Juni gezahlten 10prozentigen Tenerungszuschläge beträgt der Höchsttarif der Elternversorgung jetzt für jeden Elternteil 420 Mark jährlich, d. h. 210 M. monatlich.

* Auch die Bahnsteigkarten werden trüber! Vom 1. Oktober ab beträgt der Preis für eine Bahnsteigkarte 20 Pfennig. Bis zum Eingang der neuen Bahnsteigkarten werden stets zwei Stück der alten ausgegeben.

* Freier Einzuhändel mit frischen holländischen Seeischen. Aufgrund einer Bekanntmachung der Reichs- fischverordnung kann fortan der Verband der unten aufgeführten frischen Seeischen in direktem Wege von den holländischen Exporteuren an den deutschen Abnehmern unter Innehaltung besonderer Bedingungen erzielen. Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise, die sich frei holländischer Station, einschl. Verpackungskosten und Ausfuhrgebühren, verstehen. Das Pfund Schellisch I 1,20 Mark, Schellisch II 1,20 Mark, Schellisch III 0,95 Mark, Bratschellisch 0,75 Mark, Merlans I 0,75 Mark, Merlans II 0,65 Mark, Cabelian I 2,00 Mark, Cabelian kopslos 1,50 Mark, Cabelian II 0,65 Mark, Dorfch 0,75 Mark, Seelachs 1,00 Mark, Seelachs kopslos 1,20 Mark, Bengisch 1,00 Mark, Bengisch kopslos 1,20 Mark, Rattisch mit Kopf 0,95 Mark, Rattisch abgezogen 1,20 Mark, Seeteufel 1,20 Mark. Preisänderungen können von der Reichsfischversorgung G. n. b. täglich vorgenommen werden. Diese den freien Handel mit Fischen zulassende Neuregelung stellt einen Vertrag dar, der niedrig ausgegeben werden muß, wenn sich Unzuträglichkeiten herausstellen.

* Neuhendorf. Der Reichsbund der Kriegs- befreiteten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hält am Sonntag im "Reichsadler" eine Ver-

sammlung ab zur Gründung einer Zahnstelle mit den Ortschaften Neu Grauhendorf und Dittmannsdorf. Kamerad Ulrich Walbenburg referierte in eingehender Weise über Zweck und Ziele des Reichsbundes. Hierauf konnte zur Gründung der Zahnstelle Grauhendorf, Dittmannsdorf und Neu Grauhendorf geschritten werden. Als einstimmig gewählt Vorstandsmitglieder gingen hervor: R. Heidenreich, Neuhendorf, Vorstzender, H. Seidel, Ober Neuhendorf, Kassierer, R. Teuber, Neuhendorf, Schriftführer. Als Beisitzer, zugleich Unterstzizer, wurden gewählt die Kameradenfrau W. Sauer und H. Böhme. Als Versammlungsrat wurde der "Reichsadler" bestimmt. Die monat. Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. statt. Nach Bekanntgabe verschiedener Vereinsangelegenheiten referierte Frau Großpriesch-Walbenburg über die Lage der Kriegshinterbliebenen, wobei eine von ihr selbst ausgearbeitete Kundgebung an die Regierung der Be- sammlung unterbreitet wurde. Die Versammler stimmen der Kundgebung zu.

Aus der Provinz.

Breslau. Gründung eines republikanischen Führerverbandes. Am 18. d. Mts. wurde eine Breslauer Ortsgruppe des Republikanischen Führerverbandes gegründet. Zweck desselben ist die Organisation eines politisch neutralen Sammelpunktes für alle die militärischen Führer, die auf dem Boden der Republik stehen. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt: Lt. d. R. Graf v. Wedel, Mittm. d. R. Grund, Lt. d. R. Laube und Kluge, Opt. d. R. Berg, Feldm. Matthiae, Offizierstellv. Postspieljohann, Sanitätsunteroff., Frey und Wolf. Es wurde der Beschluss gefaßt, eine Entscheidung dem Magistrat, den 3 Stadtverordnetenfraktionen der Wehrsparteien, dem Breslauer Polizeipräsidium, sowie dem Minister des Innern und dem Reichswehrminister zu übermitteln. In der Entschließung wird der Magistrat gebeten, dahin zu wirken, daß bei der Besetzung der Führerposten in der neuen Polizeitruppe die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat ein wichtiges Wort mitzureden haben. Die Stadtgemeinde, welche einen erheblichen Teil der Polizeikosten decken soll, müsse ein großes Interesse daran haben, daß diese vom Militarismus losgelöste Truppe zum Schutz der Einwohner, mit durchaus vertrauenswürdigen, auf dem Boden der Republik stehenden Führern besetzt wird.

Striegau. Aus der Porzellanindustrie. Nach dem Bericht des Vorstandes der Striegauer Porzellanfabrik A.-G. vom 6. Walter & Co. in Stanowitz für das Geschäftsjahr 1918-19 waren die Fabrikationsverhältnisse recht erheblich erschwert. Die der Tenerung angepaßten Bohnerhöhungen sind durchgeführt, sie können aber noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. Es wurde trotz allerdem ein bedeutender Gewinn erzielt. Der Nettogewinn stellt sich auf 204 284 (191 801) Mark, woraus 12 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

Liegnitz. Stadtratswahl. Bei der letzten Stadtratswahl — es handelte sich um die Neuwahl von 12 unbefoldeten Magistratsmitgliedern — wurden 8 bürgerliche und 8 sozialdemokratische Stadträte gewählt. Bei den bürgerlichen Stadträten trat durchweg Wiederwahl ein, die sozialdemokratischen Kandidaten sind zu meist der Stadtverordneten-Fraktion entnommen. Das Verhältnis entspricht ungefähr der Stadtverordneten-Sitze.

Hoyerswerda. Eine Anzahl Fleischsieber hatten sich vor dem Schiffsgericht zu verantworten. Mehrere Fleischer hatten sich zusammengetan, um gewinnlosen Bauern Blinder und Schweine zu Wucherpreisen abzuholzen und das Fleisch zu noch schamlosen Preisen in Dresdner Hotels abzufegen. Geächtet wurde eine ganze Anzahl Fleisch in einer Scheune. Es wurde auf Gefangenstrafen bis zu 7 Monaten zusätzlich hohe Geldstrafen von 1000 bis 2000 M. sowie auf Einziehung des erzielten Wuchergewinns erkannt, der in einem Falle 348 M. betrug.

Nybnik. Großen Bedenken ist man im Kreise Nybnik dadurch auf die Spur gekommen, daß ein Wagen mit Beden, der über die Grenze verschoben werden sollte, angehalten und beschlagnahmt wurde. Das Schiebenetz ist in Poslau, wo bei der Firma Walbmann 62 Betenreiter beden beschlagnahmt werden konnten. Es hat den Anschein, daß auch andere Firmen in die Sache verwickelt werden.



hart strafften sich seine Gesichtsmuskeln im schweren Kampf der Selbstüberwindung. „Lebe wohl, Lenal. Ich will Dich auch nicht mehr bitten, mir zum Abschied die Hand zu geben, obwohl ... nein, nein! Ich verlasse Dich jetzt für immer ... hört Du, Lena? ... für immer!“

Ja — sie hörte seine Worte, aber sie konnte nicht antworten. Einer Ohnmacht nahe lag sie im Seessel und sah auch nicht den letzten Blick verzweifelter Liebe, den er ihr noch zuwarf, bevor die Tür sich hinter ihm schloß ...

Um die Dämmerstunde des nächsten Tages saß eine ernste, bleiche Frau im Wohnzimmer Ernst Hartungs und wartete.

Der Diener, der sie hereingeführt hatte, kannte die Dame nicht — er war erst seit drei Monaten in diesem Hause — und hatte zwar verwundert, aber doch ohne Hörgen ihrem Wunsche entsprochen und bemerkt, der Herr Direktor wäre ausgegangen. Wenn die gnädige Frau sich gedulden wolle, bis er zurückkäme, wäre er sie einzutreten.

Nach einer Stunde erst kam Ernst Hartung. Starr, regungslos, ohne Worte blieb er in der Mitte des Zimmers stehen, als er Lena erkannte.

Sie erhob sich, trat auf ihn zu und blieb dicht vor ihm stehen.

„Bist Du das, Lena?“ fragte er endlich.

„Ja.“

„Was willst Du?“

„Hier bleiben.“

Ihre Worte verhallten vor seinem Ohr, ohne daß er ihren Sinn begriff.

„Wie ... hier bleiben ...?“

„Immer ...!“

„Nein ...!“

„Doch — wenn Du auch nur noch einen winzigen Rest von Liebe für mich empfindest ...“

Er sah sie noch immer starr, ungläubig und verständnislos an. Dann stieg ein quälender Verdacht in ihm auf. Hatte er gestern doch schon darüber gesagt? Kam sie, um — sich zu opfern?

„Aus welchem Grunde, Lena ...?“ fragte er und schämte sich im selben Augenblicke des häßlichen Misstrauens, das in ihm aufstieg.

Da sagte sie es:

„Weil — ich ... Dich — habe, Ernst!“

Es waren nicht nur Worte, die sie sprach. Ein Schlag ging durch ihre Stimme, ein Leuchten strahlte aus ihren Augen, und ein schamhaftes und doch zugleich jubelndes Bekennen stieg zwischen den Säulen auf, das jeden Verdacht, jeden Zweifel und Argwohn in Ernst Hartung ersticken mußte.

Er wagte keine Bewegung, keinen Laut, als müsse es dennoch ein Traum sein, den ein einziges leises Wort zerstören könnte.

Da streckte sie die Arme aus — bittend, beschwichtigend und hingebend zugleich — und warf sich als er auch jetzt noch zögerte, an seine Brust, um-

schlang ihn und hielt ihn fest mit der ganzen Kraft ihrer lange zurückgedrängten Leidenschaft.

Sie fühlte, wie er langsam, fast scheu, seine Lippen in ihr Haar senkte, wie sich erst zögernd, dann verlangend und schließlich fest und fester seine Arme um ihre Schultern schlossen. Sie hörte ein leises, geflüstertes Liebeswort, hob den Kopf und sah ihn lächeln — ein stilles, verträumtes, seliges Lächeln ...

„Lena ...!“ — sagte er — „Du ...?“

Über ihre Küsse erstickten jedes weitere Wort auf seinen Lippen ...

Der Mahnbrief.

Eine heitere Geschichte von Alwin Münzer.

Nachdruck verboten.

(2. Fortsetzung.)

Wo sie nur hingekommen sein mochten? In den Schubladen der Biedermeierin fanden sie sie nicht. Ungeduldig öffnete sie ihre Schränke, streifte mit suchenden Blicken die Oberplatte des Pianinos, sah die Gemälde weiter nach, durchsuchte auch ihr ganzes Schlafzimmerschrank und ging endlich, unwillig seufzend, zur Klingel.

„Fräulein wünschen?“ brummte Pauline, der Hausgeist, dessen röhnen gewölbte Augenbrauen ein nie zu erlöschendes Erstaunen auszudrücken schienen.

„Ich vermisste die dreißig Briefe, die am Tage meiner Abreise für mich abgeliefert worden sind. Eine meiner Schülerinnen hat sie gebracht“, erklärte ihr die junge Lehrerin.

Pauline zuckte mit jener Föderlichkeit, die ihr bei der Abweisung verdächtiger Fragen eigen war, die runden Knäufen. „Ich habe sie gewiß nicht in die Hände bekommen, Fräulein Lindner!“ verkündete sie nachdrücksvoll. „Ganz wahrscheinlich nicht!“

„Ja, aber ...“

„Kann sein, daß ich gerade auf dem Wochenmarkt war, kann auch sein, daß ...“

„Es hat nicht den geringsten Wert für mich, zu wissen, wo Sie gerade waren, Pauline. Fragen Sie also Frau Grätzmacher, ob die sie vielleicht in Empfang genommen hat“, unterbrach Leonore ungeduldig die Kükenschere und goß ihrem Tee dabei auf, da das Wasser inzwischen bei der übermüdeten letzten Strophe seines alten Sanges angelangt war.

Beleidigt schüttelte Pauline den Kopf.

Frau Grätzmacher kam gleich danach herbei.

„Ich erinnere mich genau, die Kleine mit den Aufsätzen auf Ihr Zimmer geschickt zu haben“, bemerkte die freundliche Frau mit dem ihr eigenen behaglichen Phrasen. „Sie werden also schon da sein, Fräulein. Nur nicht nervös werden. Sonst hätten ja die ganzen schönen Herren keinen Zweck gehabt.“

Und nun suchten sie zu drieen, denn auch Pauline hatte sich wieder eingestellt. Aber sie fanden trotz allen Suchens nichts — selbst nicht in dem kleinen Briefkasten für ablauffreies Regenwasser unter dem Fensterbrett, den die gewissenhafte Pauline, einer plötzlichen Eile bedient, auch noch herauszog.

„Das verstehe ich nicht! Dreißig Briefe sind doch ein ganzer Haufen! Die können doch nicht aus Versehen ...“

„Briefe?“ unterbrach sie, unheimlicher Ahnungen voll, die brave Pauline. „Ich denke, es waren Aufsätze.“

„Briefe?“ fragte erstaunt auch Frau Grätzmacher. „Ja, das sind doch nicht etwa die gewesen, die Pauline ...“

Hier versankte sie, die bedrückende Aussicht auf eine Katastrophe bewirkte das. (Fortsetzung folgt.)

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 225.

Waldenburg, den 28. September 1919.

Bd. XXXVI.

Der goldene Käfig.

Roman von Konrad Nelling.

Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Wieder geschah es, daß sie selbst in den Vorraum klopfte, sobald die Klingel ertönte, doch sie hastig die Post durchblätterte und dann jedesmal enttäuscht die Arme sinken ließ.

„Was haben Sie mir, Kind?“ — fragte schließlich die Geheimräatin, „ich glaube wahrhaftig, Sie sind frank und nervös geworden.“

Lena schüttelte den Kopf.

„Doch! Und das Schlimmste ist, Sie haben kein Vertrauen mehr zu mir.“

„Liebe Frau Geheimrat ...“ Sie nahm die Hand der alten Dame und streichelte sie.

„Na also, Kind, was ist's ...?“

Da ging Lena eilig und ohne Antwort. Sie hatte die Glocke im Vorraum anschlagen hören und folgte nun diesem Ruf, der sie schon so oft in diesen Tagen enttäuscht hatte.

Sie öffnete und trat überrascht zurück.

Eine fremde, dunkel und gewählt gekleidete, offenbar der besten Gesellschaft angehörige Dame stand vor ihr und fragte mit einer kurzen Verbeugung:

„Kann ich Fräulein von Sanden sprechen?“

„Bitte.“

Lena öffnete die Tür zum Besuchszimmer und ließ die Fremde eintreten.

„Ich bin Lena von Sanden“, sagte sie dann und bat die Dame durch eine Handbewegung Platz zu nehmen.

Da die Fremde sich jedoch setzte, nahm sie Lenas Hand.

„Sie haben mir einen großen Dienst erwiesen, Fräulein von Sanden. Lassen Sie mich Ihnen zunächst danken — aus aufrichtigem Herzen.“ Ein gewinnendes Lächeln verschönerte ihre ernsten Büge. „Ich komme soeben aus Wien und möchte mir nicht Zeit nehmen, ein Gasthaus aufzusuchen, bevor ich Ihnen nicht die Hand gebracht hätte.“

„Frau von Matzdorff ...?“ — fragte Lena nun mit einem tiefen Aufseufzen der Erleichterung und doch zugleich noch in einem Tone ungläubigen Zweifels, „also doch ... also wirklich ...?“

„Ja, gnädiges Fräulein. Und — Sie müssen schon verzeihen: ich vergaß wohl in der Tat, Ihnen meinen Namen zu nennen. Vorgestern erhielt ich Ihren Brief, und heute bin ich da. Ich denke, ich habe recht damit getan ...“

„Nur recht getan, gnädige Frau ...? Mehr, viel mehr. Soweit ich die Verhältnisse kenne, haben Sie also auf meine Bitte alle — Rücksichten beiseite gelassen ...?“

„Rücksichten? In einem solchen Falle ...?“

— Dann schien sie Lenas Andeutung zu verstehen und fügte hinzu: „Ich habe auf niemand Rücksicht zu nehmen.“

Die Frage, die Lena nun stellen mußte, löste sie einige Überwindung.

„Ihr — Herr Gemahl weiß um diese Reise?“

„Ich bin seit einem Jahr Witwe. Fräulein von Sanden.“

Lena mußte gewaltsam an sich halten, um bei dieser Nachricht, die so unendlich viel Hoffnungsvolles für Camp bedeuten konnte, ihren inneren Jubel zu unterdrücken.

„Seit einem Jahre schon? Und Herr ...“

„Wie sollte er? Jede Verbindung zwischen Ihnen und mir war ja doch abgebrochen — für immer, wie ich glauben mußte.“

Schüchtern, zartfühlend und bittend fragte Lena nun:

„Und jetzt, gnädige Frau?“

Da richtete Frau von Matzdorff sich entschlossen auf, und ein heiliger Ernst lag in ihren Bügeln:

„Jetzt, liebes Fräulein von Sanden, bin ich gekommen, um zu helfen, mich nicht abweisen zu lassen, mit allen Mitteln zu versuchen, was Ihnen, wie Sie mir schrieben, nicht gelingen wollte.“

„Mit allen Mitteln, gnädige Frau?“

Nun sprach in der Tat nur noch die Frau zur Frau.

„Ja, mit allen Mitteln.“ Frau von Matzdorff lächelte ernst und fügte dann halb schelmisch, aber doch auch etwas bang hinzu: „Oder vielmehr mit dem einzigen Mittel, das uns Frauen zu Gebote steht ...“

Da ergriff Lena beide Hände der schönen Frau, über deren Gesicht bei diesem feurischen Gespräch ein ungewöhnlicher Liebestrall lag, und küßte sie.

„Mit der — Liebe ...!“

„Ja — mit der Liebe! Aber was tun Sie?“ Und nun brach das warme, süddeutsche Gefühl der Wienerin durch. Sie nahm Lenas Kopf und küßte beide Wangen. „Halten Sie mich nicht für aufdringlich, Fräulein von Sanden. Bis vor wenigen Minuten waren wir uns völlig Fremde. Das können wir nicht mehr sein, nachdem wir einander so tief ins Herz ge-

schaut haben. Mit diesem Kuss habe ich, die ältere, um Ihre Freundschaft geworben. Und wenn auch mir zu bald unsere Wege wieder auseinander gehen müssen, diese Stunde vergessen wir wohl beide nicht . . .”

XVI.

Das freudige Bewußtsein, eine gute Tat getan und das Unrecht gegen Harry Camp getilgt — ja noch mehr, ihm, wie sie nach der Unterredung mit Frau von Maßdorff als sicher annehmen durfte, das verlorene Lebensglück neu geschaffen zu haben, erhelleste nur kurze Zeit die Stimmung Lenas.

Der Rückschlag kam.

Die Geheimräatin, die schärfer sah, als Lena glaubte, griff schließlich zu allerlei kleinen Listern, um sie zu zerstreuen, indem sie Aufträge für Lena erfand, die sie wenigstens dann und wann auf die Strafe führten. Aber dadurch wurde es nicht anders. Auch hier ging Lena zwischen den hastenden und jagenden Menschen dahin, wie sie es zu Hause tat in den schönen, großen, stillen Zimmern.

Eines Tages hatte sie eine unerwartete Begegnung, die sie im ersten Augenblicke mit freudiger Genugtuung erfüllte, um sie bald darauf desto schmerzlicher ihre eigene Einsamkeit empfinden zu lassen.

Sie traf Harry Camp, und an seinem Arme — Frau von Maßdorff.

Er sah gut aus. Ein wenig schärfer waren wohl noch die Gesichtszüge von den bösen Tagen und Wochen, die er hinter sich haben mochte. Aber seine Augen strahlten, das Gesicht lächelte so weich und froh, wie sie es an ihm nie gesehen hatte. Und die Art und Weise, wie er Frau von Maßdorff in den Wagen half, sprach deutlich von der innigen Zusammenghörigkeit der beiden.

Innenlich aufs tiefste bewegt, schritt Lena weiter.

Wohin doch?

Ja so — zum Justizrat Alsen. Mit irgend einem unwichtigen Auftrage von der Geheimräatin, daß es ihr besser gehe, daß sie sich freuen würde, den Bruder wieder einmal bei sich zu sehen . . .

Lena hatte ja die Listen der gütigen, alten Frau längst durchschaut und sie gehorchte, nur um nicht undankbar zu sein.

Im Geschäftszimmer empfing sie ein junger Mensch, der sie nicht kannte, und fragte nach ihrem Begehr, da er glaubte, eine Kundin des Justizrats vor sich zu haben. Darauf wies er sie in das Wartezimmer mit dem Bemerkung, der Herr Justizrat sei noch nicht zu Hause, müsse aber bald kommen.

Als Lena eintrat, erhob sich ein Herr in der Nähe des Fensters, den sie nicht erkennen konnte, da sie im Halbdunkel nur den Umriss seiner Ge-

stalt sah, die sich scharf gegen das Fenster abzeichnete. Sie trat näher und grüßte mit einer halben Verbeugung.

In diesem Augenblicke erkannte sie — Ernst Hartung.

Es erschien ihr selbst seltsam, daß sie hier ganz still stehen konnte ohne einen Ruf des Erstaunens, selbst ohne Erschrecken und Verlegenheit. Sie hatte sich freilich in letzter Zeit wieder so ausschließlich mit ihm beschäftigt, hatte seine Gestalt vor Augen gesehen und selbst den Klang seiner Stimme zu hören geglaubt, daß diese plötzliche und unerwartete Erscheinung eigentlich nur eine Fortsetzung ihrer Gedanken und Vorstellungen für sie bedeutete.

„Guten Tag, Lena!“ sagte Ernst Hartung.

Da bewegte sie sich, erwiderte seinen Gruß und — reichte ihm die Hand. Sie tat es willenlos, wie unter dem Zwange einer Beeinflussung und schien erst zu erwachen, als sie seine Hand in der ihren fühlte.

Aber auch jetzt blieb sie ganz ruhig.

„Du siehst wohl aus“, sagte sie, und ihre Stimme klang in der Tat auch harmlos und unbefangen, „ich freue mich, das zu sehen.“

Nun stockte sie doch.

„Willst Du Dich nicht sehen?“ — fragte er schließlich.

Sie nickte zerstreut und sah sich nach einem Stuhl um, blieb aber doch stehen. Es schien, als könne ihr erst jetzt das Seltsame und — Peinliche dieses Zusammentreffens zum Bewußtsein.

Nun schwiegen beide längere Zeit.

Endlich räusperte er sich, trat einen Schritt zurück und sagte:

„Dieser Zufall . . . vielleicht ist es Dir lieber, ich gehe jetzt? Ich habe nichts Eiliges und kann später wiederkommen.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Aber . . . Du warst zuerst hier, und . . .“

„Deshalb? Nein — ich möchte nicht, daß Du meinetwegen . . . daß dieses unerwartete Zusammentreffen . . .“

Er fand nur immer halbe Sätze.

„Ich werde auf keinen Fall zugeben, Ernst, daß Du meinetwegen gehst. Lieber will ich . . .“

„Ich könnte in einem anderen Zimmer warten. Ich bin ja hier wie zu Hause, seit . . . jetzt noch mehr als früher.“

Er machte ein paar Schritte nach der Tür.

Da atmete sie schwer auf, machte eine unwillkürliche Bewegung, als wollte sie ihn zurückhalten und sagte schließlich mit heiserer und gepreßter Stimme:

„Fürst Du mir so sehr, Ernst, daß Du nicht einmal denselben Raum in einem fremden Hause mit mir teilen willst?“

Er sah sie lange und groß an:

„Nein, Lena. Ich zürne Dir nicht. Ich habe Dir nie — oder doch nur ein paar kurze Stun-

den gezürnt. Wie kannst Du das denken . . .“

„Soll ich also bleiben?“

Sie ging langsam zu einem Sessel und setzte sich.

Nun kam er zurück und setzte sich ebenfalls, nur wenige Schritte von ihr getrennt, wieder in den Stuhl am Fenster.

„Ich höre, daß es Deiner Mutter und Deinem Bruder gut geht“, sagte er. „Das freut mich.“

„Ja. Es geht ihnen gut. Mama ist zufrieden und fühlt sich wohl — bis auf das Alleinsein. Sie möchte, daß ich bei ihr bin.“

„Du willst aber nicht?“

„Nein.“

„Deutl rief es in ihr. Jetzt könntest Du es sagen. Bekenne doch, weshalb du nicht willst,

Falsche Rechnung

Roman von Magda Trost.

Mit dem Abdruck desselben beginnen wir in der nächsten Nummer der „Gebirgsblüten“.

Hochachtungsvoll

Redaktion der „Woldenburger Zeitung“.

um keinen Preis wollen würdest. Habe den Mut, ihm zu sagen, was dich hier hält, welche winzige Hoffnung . . . Nein, sie hatte nicht den Mut.

„Ich kann es ja verstehen“, fuhr er fort, „es mag etwas ehrjam sein auf Rosenau.“

„Ja — Mama hat doch aber Klaus und die Schwiegertochter, die sie oft sehen kann.“

„Das tut sie ja auch, wie ich höre“, sagte er. Ein freudiges Erstaunen ließ Lena plötzlich aufhorchen. Er hatte noch so viel Teilnahme für thre Familie, daß er selbst das wußte!

„Ja, sie tut es“, zum zweiten Male schon wiederholte sie seine Worte. „Mama ist Dir übrigens sehr dankbar, Ernst, für alles, was Du an ihr getan hast.“

„Aber Lena . . .“

„Ich sage das, weil ich nicht weiß, ob sie damals auch die rechten Worte gefunden hat. Dir zu danken.“

„Klaus hat es für sie getan, Lena, und zugleich für sich in einer Weise, durch die er sich — nun, warum soll ich es nicht sagen — durch die er sich mein ganzes Herz gewonnen hat. Sollten wir ihn nicht doch ein wenig verkannt haben — auch Du — als wir ihn leichtsinnig und oberflächlich nannten?“

„Er muß sich sehr geändert haben. Sogar sparsam ist er geworden.“

„Aus seinem Briefe spricht eine offene, ehrliche und vornehme Gesinnung. Ich freue mich, Dir das noch einmal sagen zu können.“

„Die Ehe scheint nicht nur einen ernsteren, sondern auch einen glücklichen Menschen aus ihm gemacht zu haben . . .“

Sie konnte nicht anders, sie mußte diese Worte sagen, weil sie in diesem Augenblicke ganz unter dem Bonne der Erinnerung an die Vergangenheit und ihrer zu Grabe getragenen Hoffnung auf die Zukunft stand.

„Ich denke ja“, entwiderte er, „wenigstens glaube ich das zwischen den Zeilen seines Briefes gelesen zu haben.“

Lena konnte einen Seufzer nicht unterdrücken.

„Ich wünsche es ihm von Herzen . . .!“

Sie hatte es nicht sagen wollen, hatte es doch gebraucht und nun, als es heraus war, begriff sie erst, was sie damit getan hatte. Sie wollte etwas hinzufügen, eine Bemerkung, die dem Ausdruck eine andere Färbung geben könnte, aber es war zu spät. Ernst Hartung stand auf und trat näher.

„Lena“, sagte er, sah sie an und senkte auch den Blick nicht, als ihr Auge ihn lang und scheu streifte, „glaubst Du, ich hätte mir diesen Vorwurf nicht schon hundert-, nein tausendmal selbst gemacht?“

„Welchen Vorwurf, Ernst?“

Es war zwecklos, daß sie ihn nun noch zu täuschen versuchte.

„. . . der in Deinem Wunsche für Klaus liegt und — mir gilt . . .“

„Nein, Ernst, es sollte . . .“

„Doch, Lena! Und er ist nur zu berechtigt. Was habe ich nicht alles getan, um ihn mir von der Seele zu wälzen! Ich habe Dich freigegeben, ich bat Dich um Verzeihung, ich verzichtete auf den Zweikampf, um . . . Du weißt, weshalb! Ich habe Dir Geld geboten . . . ja — selbst zu diesem armelosen Mittel griff ich . . . umsonst! Du hast mir ebenso wenig verziehen, wie Du mein elendes Geld angenommen hast, und ich . . .“

„Ernst . . .!“

Ihr Ausruf ließ ihn plötzlich schwiegen.

Was lag alles in der einen kurzen Silbe seines Namens, wie er jetzt von ihren bleichen, zitternden Lippen kam! Hatte sie nur der Gedanke an den Tod überhaupt erschreckt, oder an seinen Tod, den sie ja allerdings verschuldet hätte! Oder . . . ?

„Nein, nein! — Er fuhr mit der Hand über die Stirn. Zeigt keine törichten Träume und Hoffnungen mehr! Er hatte schon zuviel gesagt.

Er mußte stark sein und wollte es.

„Verzeihe, Lena“, sagte er fast demütig, „ich hätte das nicht sagen sollen. Ich fordere nichts mehr von Dir — auch Deine Verzeihung nicht.“ Langsam, Schritt für Schritt, wich er zurück.

Industrie Beschäftigung findet. Dem Bedürfnis des einzelnen nach Kleidern müsse dadurch Rechnung getragen werden, daß ihm nicht Fertigfabrikate unglaublicher Anfertigungsart angewiesen würden, sondern ihm die Möglichkeit gegeben werde, seinen Bedarf unter Reichszuschuß zu decken, wie er es für gut befindet. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Kräfig wies auf die Notwendigkeit der Versorgung der Kinderbedürftigen, insbesondere der Arbeiter in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Transportgewerbe hin. Hier müsse vorgesorgt werden, um schweren Narben vorzubeugen. Zum übrigen stimmte er den Ausführungen des Abgeordneten Herrmann zu. Auch der deutchnationale Redner war mit den Ausführungen des demokratischen Abgeordneten durchweg einverstanden.

Die Reichsaufgabenordnung.

Berlin, 24. September. Der Ausschuß für die Reichsaufgabenordnung der Nationalversammlung schloß die Abstimmung über § 80 aus, nachdem noch längere juristische Debatten über den Eigentumsbegriff im Sinne der Steuergesetze geprägt worden waren. Nach langer Debatte wurde § 81a angenommen, wonach bei verschollenen steuerlich der Tag als Zobstag gelten soll, mit dem der Ablauf des Abschlusses rechtzeitig wird. Wie ein Regierungssprecher erklärte, soll diese Bestimmung auch für das Erbschaftssteuergesetz gelten. Zu § 88 (Erfüllung steuerlicher Pflichten durch Bevollmächtigte) wurde von sozialdemokratischer Seite der Begriff "Aussdruck gegeben, daß auch Arbeiterschreiber als Bevollmächtigte zugelassen werden dürfen. Hiermit erklärt sich Unterstaatssekretär Bößle im wesentlichen einverstanden, weil Arbeiterschreiber die Vergütung in Steuergesetzen nicht geschäftsmäßig betreiben, sondern als Beauftragte ihrer Organisation. Die Abstimmung ist nur zwischen Abgeordneten und demokratischen Abgeordneten erfolgt. Nach entgangener Debatte wurde der Paragraph wie folgt beschlossen:

Bevollmächtigte, die aus der Erteilung von Rat oder Hilfe in Steuersachen ein Geschäft machen oder denen die Fähigkeit zum geeigneten schriftlichen oder mündlichen Verkehr mangelt, können zurückspringen werden. Dies gilt nicht für Rechtsanwälte und Notare sowie auch nicht für Vertreter beruflicher oder gewerkschaftlicher Vereinigungen hinsichtlich des von ihnen in dieser Eigenschaft vertretenen Personentreises.

In der weiteren Verhandlung wurde u. a. zu § 97 von demokratischer Seite gefragt, ob die Bestimmung berechtigt sei, daß die Erben von fiktiven Steuererklärungen des Erblassers Angebote erlassen müssen oder dem Staat persönlich zahlen. Unterstaatssekretär Möller bemerkte, daß die Regierung im Interesse des Kampfes gegen die Steuerhinterziehung auf diese Bestimmung den allergrößten Wert legen möchte. Ein deutchnationaler Mitglied hielt die Bestimmung nicht für durchführbar. Möller bat dagegenüber nochmals, an der Abstimmung teilzuhalten. Es handele sich nicht darum, daß ein Verkäufer öffentlich der Bevölkerung preisgegeben werde, denn die Steuerbehörde habe das Amtesheimat zu wählen. Schließlich wurde § 97 gegen zwei deutchnationale Stimmen angenommen. Zu § 102 wurde beschlossen, daß alle Finanzämter ein Postcheck- oder Bankkonto haben müssen. Zu § 103 wurde dahin gekündigt, daß die Steuerpflichtigen berechnigt sind, gegen Steueransprüche des Reiches unbedingte oder rechtskräftig festgestellte Gegenansprüche aufzurufen. Zu § 129, wonach die zu Unrecht erhobenen Steuerbezüge auf Antrag zurückzuzahlen sind, wurden aus Antrag der Deutchnationalen die Worte "auf Antrag" gestrichen und die Frist innerhalb deren der Anspruch auf Rück-

zahlung besteht, auf drei Jahre verlängert. Die Vorlage wurde bis § 136 unverändert genehmigt.

Politische Rundschau.

Zur Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Reichsregierung erfährt das „B. T.“ von unterschiedlicher Seite: Die Vorbereitung zu den Verhandlungen, die Montag begonnen haben, ist von der Regierung ausgegangen. Diese Verhandlungen, die zunächst durchaus vorbereitenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schiffer geführt.

Das Verbot des neuen Beamtenetzes. Der deutschen Regierung kam der Befehl der französischen Kontrollstelle bei der deutschen Zivilverwaltung im Bezirk Wiesbaden zur Kenntnis, in dem der Reichspräsident in Wiesbaden ersucht wird, jede neue Eidesleistung der deutschen Beamten zu verbieten. Jeder Beamte, der einen solchen Eid leistet oder ihn unterzeichnet abnehmen sollte, mache sich, wie es in dem Befehl heißt, eines sehr schweren Vergehens schuldig. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat im Auftrage der deutschen Regierung gegen den französischen Befehl nachdrückliche Verwarnung eingelegt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Alliierten bei der Prüfung der Angelegenheit von der Notwendigkeit der Besiegung des Befehls sich überzeugen werden.

Die Teilung Schlesiens. Im Ausschuß der preußischen Landesversammlung sitzt die oberschlesische Frage und den Gesetzentwurf über die erweiterte Selbstständigkeit der Provinzen wurde zunächst der vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in der von der Unterkommision vorgeschlagenen Fassung bei einer Stimmenabstimmung angenommen. Nach dem Entwurf soll die Teilung der Provinz Schlesien in eine Provinz Oberschlesien und eine Provinz Niederschlesien am 1. April 1920 in Kraft treten. Über die Vermögensaustauschung soll ein Gesetz entscheiden, wenn die Vertreter der beiden Provinzen sich nicht einigen sollten. Ein Zentrumsonderantrag, der für Oberschlesien ein besonderes Vorschlagsrecht für politische Beamte schaffen wollte, wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Selbstständigkeit der Provinzialverwaltung soll noch einer breiten Beratung unterzogen werden.

Protest gegen eine Inseratensteuer. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat an den Reichsfinanzminister Erzberger nachstehende Nachfrage gerichtet: Da es Eurer Exzellenz heute morgen leider unmöglich war, die Unterzeichnungen zu empfangen, legen wir hierdurch im Namen des Vereins deutscher Zeitungsverleger noch einmal nachdrücklichst Protest ein gegen den Plan einer Sonderbesteuerung des Anzeigenwerts der deutschen Zeitungen. Eine solche Ausnahmesteuereinstellung stellt eine schwere Ungerechtigkeit dar und würde die schon von wirtschaftlichen Kosten stark bedrückten Zeitungen auf das empfindlichste treffen und zugleich durch Überwanderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das schwerste gefährden. Der durch die Sonderbesteuerung unvermeidlich entstehende Zusammenbruch vieler Zeitungen würde überdies einkommene Interessen der Allgemeinheit verlieren.

Letzte Kreisnachricht.

Z. Dittersbach. Ein diebischer Gast. Am Mittwoch Abend kam ein ca. 14–16 Jahre alter Knabe in die Wohnung des Bergmanns Hänkel und bat um Nachtlogis. Sie gab an, nach Glas zu wollen. Um

nächsten Morgen wurde das Mädchen ergriffen, als es mit einer der Frau Hänkel gehörigen Damenuhr verschwinden wollte. Frau Hänkel nahm dem Mädchen die Uhr ab, konnte aber die Diebin nicht feststellen. Diese war bekleidet mit braunem Rock, dunkelblauer Schöckle, schwarzer Krempe, schwarzen hohen Schuhen und hat tiefschwarzes Haar.

Letzte Telegramme.

Verhinderung einer Strafversetzung.

Berlin, 25. September. In Slogau war vor kurzem die Strafversetzung des Studenten S. Janzen für den 1. Oktober nach Plaßdorf angeordnet worden. Wie der "Vorwärts" meldet, hat der Justizminister Hähnel telegraphisch angeordnet, daß Janzen auf seiner Stelle bleibt.

Einigung des Deutschtums.

Bromberg, 25. September. Nach mehrwöchigen Verhandlungen ist gestern in Bromberg die Einigung des Deutschtums in den dem Friedensverein zugehörigen Gebieten vollzogen worden. Als höchste Spitze des Deutschtums im Abwehrgebiet ist eine deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Dirksen und mit dem demokratischen Abgeordneten Bürgermeister Winter (Brandenburg) als Vorsitzenden gebildet worden.

Ein neuer Schritt Englands und Frankreichs.

Berlin, 25. September. In der Gruppe ist ein neuer Schritt Englands und Frankreichs erfolgt. Beide Mächte haben, wie aus bester Quelle verlautet, Wilson dringend um schleimige Erledigung ersucht und ihren Schalt damit bekräftigt, daß die innere Lage Italiens die schmalen Voraussetzungen errege. Ein Kursurz in Italien könnte aber nicht auf Italien allein beschränkt bleiben, sondern müßte eine Rückwirkung auf ganz Europa haben. Trotzdem ist man freilich skeptisch über das Ergebnis dieses Schritts, da Wilson durch die Unternehmung d'Annunzios außerordentlich aufgebracht sein soll.

Für unsere Kriegsgefangenen.

Berlin, 25. September. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung richtete laut "Vorwärts" an die französische Kommission die telegraphische Bitte, alle Kästen für die schnelle Rücküberbringung der deutschen Kriegsgefangenen einzusehen.

Kirchen-Nachrichten.

Gottesdienstdienst der kath. St. Barbara-Pfarrei in Waldenburg-Altwasser.

Sonnabend den 27. September, nachmittags 5 Uhr hl. Messe. — Sonntag den 28. September (16. Sonntag nach Pfingsten) fehl 5½ Uhr hl. Messe. 6½ Uhr Frühmesse und Kindergottesdienst vereinigt. 8 Uhr Feindgottesdienst während der Ferien. 9½ Uhr Hauptgottesdienst, Predigt, darauf Hochamt. Nachmittags 2 Uhr Segensandacht.

Wetteraussage für den 26. September:
Unbeständig, windig, warm.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Müns, für Nellame und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme in Wort und Schrift, welche uns bei dem so fröhlichen Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters,

des Bergwerkdirektions-Sekretärs

Ludwig Loegel,

wurde geworden sind, sowie für die schönen Kranzspenden und denen, die ihm das letzte Grabgeleit gegeben haben, spreche ich hiermit unseren tiefgefühlten Dank aus.

Berta Loegel, geb. Spittler.

Für einen Ingenieur und einen fast tauben Buchdrucker
inden mit geeignete Beschäftigung.
Waldenburg, den 19. September 1919.

Der Magistrat. Erwerbslosenfürsorge.

Nieder Hermsdorf, Milchkartenausgabe.
Die Ausgabe der Milchkarten für den Monat Oktober 1919 erfolgt für die Milchkartenhaber mit den Anfangsbuchstaben
A-H Freitag den 26. September,
J-Q Sonnabend den 27. September,
R-Z Montag den 29. September
während der Dienststunden vormittags von 9-1 Uhr im hiesigen Lebensmittelamt, Amtshaus, Erdgeschoss.
Bei Empfangnahme der Karten sind die üblichen Ausweise vorzulegen.
Nieder Hermsdorf, 25. 9. 19.

Gemeindevorsteher.

Ablösung der neuen Brotkarten für den Stadtteil Waldenburg und den Stadtteil Altwasser.

Die mit dem 29. September 1919 beginnenden neuen Brotkarten sind für den

Stadtteil Waldenburg

pünktlich am Sonnabend den 27. d. Wts.,
nachmittags von 3-6 Uhr,

in der Steuerfasse (Pieš'scher Hof), Erdgeschoss rechts,

und für den Stadtteil Altwasser

an denselben Tage, vormittags von 8-1 Uhr,
im früheren Amtsgebäude, Zimmer Nr. 10 und 18, 1. Stock,
von den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern (nicht Kindern)
gegen Vorlegung eines Ausweises über ihre Person für die Hausbewohner ihres Hauses abzuholen und an diese sofort anzuhängen.

Beliebtheit anwesende Personen haben die Brotmarken von

ihrem festen Wohnsitz mitzubringen.

Schwangere Frauen erhalten ihre Brotzettelkarten nicht mehr in den bisherigen Dienststellen, sondern werden für den

Stadtteil Waldenburg

in der Säuglingsfürsorgestelle Auenstraße 24

und für den Stadtteil Altwasser

in der Säuglingsfürsorgestelle im früheren Amtsgebäude

bei Ausgabe der Milchkarten erteilt.

Waldenburg, den 24. September 1919.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

1000 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 22. zum 23. September er wurden auf dem Dominium Würchwitz, Kreis Slogau, Post und Telephon Milbau Nr. 14

2 Pferde gestohlen.

Füchse, Wallache mit Blässe, Alter 11 Jahre, Größe etwa 1,90. Bei Wiedererlangen obige Belohnung.

Güterdirektion Würchwitz.



der gute Schuhputz

Sind auch die kleinen
abgenutzt Blitzeblank

Urbini

sie putzt!

In einer alten Fabrik Urbinis Charlotteburg



Wasserfreme? Nein!

denn sie färbt bei Regen ab.
Verwenden Sie

Nigrin

und Ihre Kleider werden auch dann
nicht schwarz, wenn das Leder naß wird.
Reinster Delvachslederpuß!

Schutzmarke

Die Milchkartenausgabe

für den Stadtteil Waldenburg erfolgt für den Monat Oktober d. J. in der hiesigen Steuerkasse, Hotel Pleiß'scher Hof, Gartenstraße, während der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags, und zwar für Personen mit den Anfangsbuchstaben

A bis I am Freitag den 26. September,
K bis R am Montag den 29. September,
S bis Z am Dienstag den 30. September.

Für den Stadtteil Altwaaser erfolgt die Ausgabe im früheren Amtsgebäude Zimmer 11 und 15 1. Stock in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags in derselben Buchstabenfolge mit der Ausnahme, daß sie nicht am Freitag den 26., sondern am Sonnabend den 27. September stattfindet.

Schwangere Frauen u. stillende Mütter sowie deren Säuglinge aus dem Stadtteil Waldenburg erhalten die Milchkarten nicht mehr an vorgenannten Dienststellen, sondern in der Säuglingsfürsorgestelle, Auenstraße 24, am Sonnabend den 27. und Montag den 29. September, vormittags von 8–10 Uhr, und für den Stadtteil Altwaaser im früheren Amtsgebäude Zimmer 11 bei der allgemeinen Ausgabe am 26., 28. und 30. September, nachmittags von 3–6 Uhr.

Waldenburg, den 24. September 1919.

Der Magistrat, Städtisches Lebensmittelamt.

Kein zerrissener Strumpf mehr!

Wenn Sie mir Strümpfe bringen oder mir dieselben einsenden, so erhalten Sie aus

6 Paar zerrissenen Strümpfen 4 Paar Strümpfe,

6 Paar zerrissenen Socken 3 Paar Socken

nach einer gesetzlich geschützten Methode tadellos hergerichtet, so daß die Strümpfe auch zu Halbschuhen getragen werden können. Die Füße, mögen solche auch noch so zerrissen sein, bitte nicht abschneiden. Es werden auch weniger als 6 Paar angenommen.

Preis pro Paar 1,25 Mk.

Annahmestelle und Besichtigung:

Robert L. Breiter

(Inh.: Bruno Grabs),

Waldenburg, Ring 17.

Wilhelm Gröger,

Reichenbach Schl., Rendorferstr. 122,

Stahlwarengeschäft, Fein- und Hohlschleiferei
mit elektrischem Betrieb.

empfiehlt sich zum Schleifen und Polieren von Tafelmessern, Gabeln, Scheren jeder Art, chirurgischen Instrumenten, Haarschneidemaschinen, Biechscheren, Messermessern und Klingeln, Messern für Papier- und Holzbearbeitungs-maschinen, Reparaturen von Kaffeemühlen, sowie jeder Schleifarbeiten.

Eigene Werkstätte zur Herstellung von Messingbildern.

Annahmestelle bei Herrn Kaufmann, Amt, Eisenhandlung, Greiburger Str.

Zur Vergabeung eines Geschäfts werden

5–6000 Mark

sobald gejagt. Reichliche Sicherheit vorhanden, Zinsen 7–8%.

Hierzu eine Beilage und das Unterhaltungs-Beiblatt „Gebirgsblüten“.

Freundliche Einladung!

Ausläßlich einer Missionskonferenz der Missionsgesell-schaft D. S. C. A. finden in der Aula der ev. Volks-schule in Waldenburg, Auenstraße Nr. 12,

4 religiöse Vorträge

statt, und zwar am Freitag den 26., Sonnabend den 27., Sonntag den 28. und Montag den 29. September 1919, abends 8 Uhr.

Generalthema: „Wahrheit und Religion für unsere Zeit.“

Redner: Wolfgang, Missions-Inspektor, Wien.
W. Müller, Missionslehrer, Magdeburg.
H. P. Schubert, Missions-Inspektor, Berlin.
O. Schwenke, Missions-Inspektor, Chemnitz.

Der Konferenz-Ausschuß.

Rinox,
garantiert rein tierischer Abbau
ohne jeden pflanzlichen Zusatz,
40% Eiweißgehalt.

Bester Fleischerzustand,
zum Brüten von Suppen, Ge-richten und Dampfen.
Solange der Vorrat reicht zu
haben bei

Paul Stanjeck,
Erstes östlich-Spezialgeschäft
am Platz,
Scheuerstr. 15. Telefon 237.

Wand- und Tischtelephon-Apparate

für Postanschluß sofort lieferbar.
Nähre Auskunft

Ant. Zimmermann,
Ober Waldenburg, Tel. 859.

Reiner Rauchtabak

10 Pf. a 17 Mr. = 170.— Mr.
Verpackung 2.—
Porto 1.—
Gegen vorherige Ein-
sendung von 173.— Mr.

Hirz & Bethke, G.m.b.H.,
Köln, Apostelnstraße 54.
Postcheckkonto Köln 52508.

Reparaturen und Messing-
spindeln für

Wasserhähne

fertigt prompt B. Nowack,
Altwaaser, Waldenburger Str. 37.

Junge, gebildete Dame m. Be-
ruf sucht einfach möbliertes
Zimmer m. voller Pension, nur
Waldenburg oder Neu Walden-
burg. Werte Offerten u. s. w.
in die Geschäftsst. d. Btg. erbet.

Aleine Anzeigen

wie:
Geldgesuche und Angebote,
Verläufe, Kaufangebote,
Stellengebote und Angebote
u. s. w. u. s. w.
finden in der

„Waldenburger Zeitung“

zweitentsprechende Verbreitung.

Stadttheater

in Waldenburg.

Freitag den 26. September c.:

Schwarzwalddädel.

Sonntag den 28. September c.:

Miesenlacherfolg!

So'n Windhund.

In Vorbereitung: Das Dorf

ohne Glocke. — Ein Volksfeind.

— Auch ich war ein Jungling.

Apollo-Theater.

Voranzeige!

Voranzeige!

Von Freitag bis Montag:

Das gewaltige Sitten-Drama

Prinzessin Tatjana

oder:

Wenn ein Weib den Weg verliert.

Die Tragödie einer Mondäne-Frau
in 6 Akten.

Mitwirkende:
Nur erstklassige Künstler.